

Queer politics

Autor(en): **Voss, Heinz-Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rosa : die Zeitschrift für Geschlechterforschung**

Band (Jahr): - **(2009)**

Heft 38

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-631555>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Queer politics

von Heinz Jürgen Vofß

Queer fasziniert mit der Magie der Offenheit, Unbestimmtheit und raschen Veränderung. Mit der Ablehnung von Hierarchien, Abhängigkeitsverhältnissen, Bevorzungen und Benachteiligungen ist Queer radikale Gesellschaftskritik.¹

«Queer» ist im Rahmen der Queer theory nicht gleichbedeutend mit lesbisch oder schwul, wie es in Wörterbüchern häufig zu finden ist. Aus dem Englischsprachigen kommend (übersetzt heisst queer soviel wie «komisch», «sonderbar» und erhält im Sprachgebrauch eine mit «Arschficker» oder «Schlampe» vergleichbare Bedeutung) wurde der Begriff durch die Gruppe «Queer Nation»² selbstbewusst aufgegriffen und erfuhr eine Umdeutung zu einer Bezeichnung, die Menschen aller Identitäten und Lebensweisen einschliesst.

«Queer Nation» bildete sich in den USA als loser Zusammenschluss von Menschen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt und zu Aussenseiterinnen gemacht wurden. Es entwickelte sich eine Sammlungsbewegung, die mit radikalen Aktionen und einer radikalen Sichtbarkeit den weissen mittelständischen heterosexuellen Mainstream angriff und Kritik an der ebenfalls diskriminierenden lesbischen und schwulen Community übte. Mensch störte weiss und heterosexuell normalisierte Räume, drang in die Konsumgesellschaft ein, deutete Mainstream um und griff patriotische Symbole auf. Ein Haufen von 50 und mehr «Queers» ging schrill gekleidet und laut shoppen, ging gemeinsam in sonst weiss und heterosexuell dominierte Lokale, veranstaltete *sit-ins*, *die-ins* und *kiss-ins*... Ziel war, öffentliche Räume psychologisch unsicher (im Sinne der Mehrheitsmoral) zu machen und damit Normierungen aufzubrechen; öffentlicher Raum sollte mit Sexualität und politischer Identität besetzt werden. Als weiteres Mittel radikaler Öffentlichkeit, entstanden Magazine, in denen politische Veränderungen eingefordert und postpatriarchale und postnationale Fantasien formuliert wurden.

Queer theory knüpft an diese radikalen Fantasien an, und entwickelt Ideen für gesellschaftliche Veränderungen. Sie offenbart, hinterfragt und zerstört Einteilungen und damit verbundene

Benachteiligungen von Menschen. Dies geschieht einerseits beim viel reflektierten Beispiel der gesellschaftlich definierten Zweigeschlechtlichkeit, darüber hinaus aber überall dort, wo es zu Gruppeneinteilungen kommt, also bei der Einteilung in Homo- und Heterosexualität, in Schwarze und Weisse, Behinderte und Nichtbehinderte... Queer theory fordert ein Selbstbestimmungsrecht eines jeden Menschen über sich selbst, und beschreibt, dass Merkmale vielfältig und individuell sind.

Queer politics: individuell gemeinsam handeln?

Das Buch «Queering Demokratie»³ schlägt für Queer politics vor, bei Gesetzen anzusetzen. Hierfür wird ein dreistufiges Vorgehen angeregt: 1. Entkriminalisierung (bspw. durch Abschaffung von Sodomiegesetzen), 2. Antidiskriminierungsgesetze (um Benachteiligungen von Menschen abzubauen) und 3. Gleichberechtigung aller Menschen ermöglichen. Mit der dritten Stufe soll eine Anerkennung von Menschen verschiedener Identitäten, Sexualitäten, Lebensweisen, Herkünfte, Hautfarben erreicht werden und ggf. dazu beigetragen werden, diese Einteilungen abzuschaffen. Grundsätzlich können mit einem solchen Vorgehen Rechte erstritten werden. Fraglich ist aber, ob damit der Vielfalt und Individualität von Menschen und Lebensweisen Rechnung getragen werden kann. Probleme:

Heteronormalisierung anderer Lebensweisen: Die gleichen Gesetze, auf die mit dem dreistufigen Ansatz Bezug genommen wird, haben bisher dazu beigetragen, Normierungen zu fördern und aufrechtzuerhalten. Auf dieser Basis führt die Forderung nach «gleichen Rechten» zur «Normalisierung» anderer Lebensweisen. Ein Beispiel: Ein Gesetz, das es voraussetzungslos allen Menschen gestattet, eine Ehe einzugehen, erkennt an, dass die Ehe als Instrument sinnvoll und gut ist. Das Grundanliegen der Ehe, Zweigeschlechtlichkeit und Monogamie zu befördern, wird nicht angegriffen. Ignoriert werden die historische Herkunft und die Anmassung von christlich-kirchlichen oder staatlichen Institutionen, die Lebensweise von Menschen kartieren zu wollen.

Festschreiben von Differenzen: Die Eingetragene Lebenspartnerschaft (ELP) in der BRD soll einen Schritt der Gleichstellung von Lesben und Schwulen darstellen. Lesbischen und schwulen Paaren werden aber nicht die gleichen Rechte zugestanden, wie heterosexuellen Paaren in der Ehe. Ihre Lebensweise bleibt zweitklassig (gleichzeitig werden auch von der ELP Menschen ausgeschlossen). Die ELP stellt zudem ein Sondergesetz für Lesben

und Schwule dar. «Gleichgeschlechtlichkeit» wird wieder gesetzlich verankert und dauerhaft festgeschrieben. Ähnliches lässt sich für das Transsexuellengesetz ausführen. Es sichert gesetzlich u.a. Finanzierung und Personenstandsänderung ab, gleichzeitig bleiben «Transsexuelle» als Kategorie festgeschrieben.

Gesetze sind in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt: Gesetze können einen Rahmen schaffen, der elementare Rechte von Menschen sichert und ein gesellschaftliches Zusammenleben ermöglicht. Allerdings sind sie auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen. Ohne breite Diskussion, Aufklärungsprogramme und regionale Massnahmen, bleibt ihre Wirkung beschränkt. Vermeidet mensch die im vorangegangenen Punkt beschriebene Festbeschreibung von Subjekten, können gesellschaftlich akzeptierte Gesetze Intoleranz aufbrechen helfen. Diese strukturellen Problematiken, die mit Gesetzen verbunden sind, werden durch weitere, politisch motivierte, ergänzt. So gelten Bürgerinnenrechte bislang nur für Staatsbürgerinnen, viele *Migrantinnen sind von diesen ausgeschlossen* und haben oftmals unter einer restriktiven Asyl- und Abschiebepolitik zu leiden. Derzeitige Bürgerinnenrechtspolitik zielt zudem auf die *Installation einer*



Selbstinszenierung mit vorgegebenen Stereotypen?

«schönen», «sauberen» Gesellschaft. Obdachlose, Alkoholkonsumentinnen, Prostituierte, Stricherinnen, Fixerinnen und Freierinnen stören das Image einer neuen, toleranten Gesellschaft und werden vermehrt aus den Stadtzentren verbannt. Auch muss der aktuell stattfindende *massive Rückbau von Bürgerinnenrechten*, der im Zusammenhang mit der Verschärfung der Sozialgesetzgebung (in der BRD: Hartz I bis IV) und der Terrorismusbekämpfung stattfindet, in den Debatten um die Übertragung von Bürgerinnenrechten auf bisher Diskriminierte berücksichtigt werden. Auf Bürgerinnenrechte orientierte Queer politics muss diese Punkte und einige mehr berücksichtigen. Letztlich muss ein erzielter gesellschaftlicher Konsens immer wieder aufgelöst und neu gebildet werden, um neue Ausschlüsse von Menschen zu verhindern. Ob dies mit Gesetzen und ob dies in Mehrheits-Minderheits-Systemen möglich ist, ist fraglich.

Viva la alternativa

Alternativ zu dem Ansatz der Übertragung von etablierten Rechten auf bisher diskriminierte Menschen, stehen Konzepte, die derzeitige Regelungen und Normierungen hinterfragen und gegebenenfalls auflösen. Ein alternatives Gesellschaftsmodell muss einerseits Individualität und Selbstdefinition jeder Einzelnen gewährleisten und andererseits das Zusammenleben von Menschen ermöglichen. Bishergreift eine gesellschaftliche Definitionsmacht sehr weit in individuelle Selbstbestimmungen ein. Ein Beispiel ist die Zuweisung von Geschlecht. Sobald ein Mensch auf die Strasse tritt, wird mensch als «Mann» oder «Frau» wahrgenommen. Sich nicht einem der Geschlechter mit eindeutigen Signalen wie Kleidung, Körpermerkmalen oder Gestik zuzuordnen, führt zu besonderer Aufmerksamkeit und gegebenenfalls Diskriminierung. Aber wozu ist es dienlich, dass einem Menschen direkt vor der Tür ein Geschlecht zugewiesen wird? Im Umgang mit den meisten Menschen ist Geschlecht entbehrlich. Höchstens bei Liebe und Sexualität wird gemeinhin eine wichtige Bedeutung von Geschlecht festgemacht. Aber auch hier haben uns feministische und queere Wissenschaften Besseres gelehrt. Sie haben die Kopplung von Geschlecht, Sexualität und Fortpflanzung als heteronormative Machtmechanismen demaskiert, mit denen Sexualität auf Reproduktion eingeschränkt wird. Über die Diskreditierung des Geschlechts als Kategorie hinausgehend, lassen sich weitere derzeit als notwendig betrachtete Institutionen und Unterscheidungen in Frage stellen. Warum werden

Ehen durchgeführt und privilegiert? Warum wird zwischen homo- und heterosexuell unterschieden? Warum haben Menschen auf Grund ihrer Herkunft unterschiedliche Rechte? Diese Aufzählung lässt sich fortsetzen und verdeutlicht Kategorisierungen und Benachteiligungen, die abgeschafft gehören. Geht das Abschaffen dieser Kategorien in der derzeitigen Gesellschaft? Aus meiner Sicht nicht. Möglichkeiten radikaler Demokratie und der Dezentralisierung von Entscheidungen können auf dieses Ziel zuführen, letztlich bestehen aber Interessen von Menschen, die Privilegien genießen und diese für sich erhalten wollen. Gemeint sind hier nicht die «bösen Reichen», sondern auch Männer, Frauen, Homosexuelle, Weisse, Noch-Erwerbsarbeitende, Fernsehbesitzerinnen... Ein kleiner Vorteil gegenüber Anderen wird zur Steigerung des eigenen Selbstwertes und zur Abwertung anderer Menschen genutzt. Bezeichnend und hinlänglich bekannt sind die patriarchale Selbstüberhöhung des Mannes, die Abwertung Nicht-Erwerbsarbeitender als «Sozialschmarotzer» und die Diskriminierung von Dicken, Tunten, HIV-Infizierten und Migrantinnen in lesbischen und schwulen Zusammenhängen.

In einem langen Prozess muss die Notwendigkeit der Selbstidentifikation in Abgrenzung zu Anderen, einer Selbstbestimmung und Selbstbestimmungshoheit weichen, die jeder Mensch für sich selbst hat. Ein Anfang ist die *Abschaffung von Kategorien und Normen*, die Andere über Dich oder mich treffen dürfen. Ein weiterer Anfang besteht in der Entscheidungsfindung auf lokalen Ebenen, so dass alle sich an Entscheidungsfindungen beteiligen können. Durch Konsensprinzip oder das Aufteilen von Entscheidungen in kleine Einzelfragen (einmal zu «unterliegen» ist dann weniger störend), *kann ein starres Mehrheits-Minderheits-Modell aufgebrochen werden*. Einmal getroffene Entscheidungen dürfen nicht ewig gelten, sondern müssen immer wieder aufgelöst und neudiskutiert werden. Damit entsteht ein dynamischer gesellschaftlicher Minimalkonsens, der für ein Zusammenleben von Menschen notwendig ist.

Notwendiger Weise ergibt sich die *radikale Veränderung des Gesellschaftssystems*. Staatliche Grenzen, Ausbeutungsverhältnisse (wie Kapitalismus), Hierarchien und Machtverhältnisse müssen überwunden werden.

Dieser Text bietet keine Antworten, sondern zieht Alternativlosigkeit in Zweifel und will Diskussionen fördern. Eröffnend sei hierfür auf den Social-fiction-Roman «Planet der Habenichtse» (U.K. Le Guin, München 1976) verwiesen, in dem

Möglichkeit und kritische Punkte einer alternativen Gesellschaft unterhaltsam beschrieben werden.⁴

Anmerkungen

¹ Gekürzt aus: Utopie kreativ, H. 182 (2005), online verfügbar über: www.linksnet.de. Herzlichen Dank an die «Utopie kreativ» für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

² Nicht: «Initiative Queer Nations» aus Berlin, die durch Nationalismus auffällt.

³ quaestio (Hg.): Queering Demokratie [sexuelle Politiken], Berlin 2000.

⁴ Als Sachliteratur werden empfohlen: quaestio 2000 (s.o., Fussnote 3). A. Jagose: Queer Theory – Eine Einführung, Berlin 2001. S. Žižek: Ein Plädoyer für die Intoleranz, Wien 2003 (Erstaufg. 1998). Queer Nation: «Queers Read This», New York 1990 (leicht geändert online: <http://www.jessanderson.org/doc/qnation.html> (Stand: 06.01.2009)).

Autorin

Heinz-Jürgen Voß, Dipl.-Biol., liegt mit einer durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Promotion in den letzten Zügen (Thema: «Geschlechterdekonstruktion aus biologisch-medizinischer Perspektive»; an der Universität Bremen). Letzte Veröffentlichung: Wie für Dich gemacht: die gesellschaftliche Herstellung biologischen Geschlechts. In: Coffey, J. et al. (Hg.): Queer leben - queer labeln? (Wissenschafts-)kritische Kopfmassagen, Freiburg 2008, S.153-167.

heinz-voss@freenet.de